

Deutsche Bäcker- und Konditoren-Zeitung

Organ des Zentralverbandes der Bäcker u. Konditoren, Gebäcker, Arbeiter u. Arbeiterinnen in der Zuckerwaren-, Schokoladen- u. Kakaoindustrie

Verbandsmitglieder erhalten das Blatt unentgeltlich. Abonnement pro Quartal Mk. 2.

Er erscheint jeden Donnerstag. Redaktionsschluss Montag morgen 10 Uhr.

Insertionspreis pro dreispaltige Postzelle 50 Pfg., für die Zahlstellen 30 Pfg.

Zwei Weltanschauungen.

I.

In dem päpstlichen Rundschreiben an die deutschen Bischöfe vom 24. September 1912 wird die Forderung aufgestellt, daß alle Katholiken sowohl im privaten als auch im gemeinsamen und öffentlichen Leben mit Entschiedenheit festhalten sollen an den vom Lehramte der katholischen Kirche dargelegten Grundsätzen der christlichen Wahrheit. Als solche Grundsätze werden im besonderen genannt: „Was immer der Christ tut, auch in der Ordnung der irdischen Dinge, es steht ihm nicht frei, die übernatürlichen Güter außer acht zu lassen; er muß vielmehr den Vorschriften der christlichen Lebensweisheit gemäß zum höchsten Gute, als dem letzten Ziel, alles hinordnen. Alle seine Handlungen aber, insofern sie gut oder böse in sittlicher Hinsicht sind, das heißt insofern sie mit dem natürlichen und göttlichen Gesetze übereinstimmen oder von ihm abweichen, sind dem Urteile... Richteramte der Kirche unterworfen. Die soziale... und die mit ihr verknüpften Streitigkeiten über Charakter und Dauer der Arbeit... über die Lohnzahlung, über den Arbeiter... sind rein wirtschaftlicher Natur und somit nicht zu denen zu zählen, die mit Hinterrückung der kirchlichen Obrigkeit beigelegt werden können; da es im Gegenteil außer allem Zweifel steht, daß die soziale Frage in erster Linie eine sittliche und religiöse ist und deshalb vornehmlich nach dem Sittengesetze und vom Standpunkte der Religion selbst gelöst werden muß.“ Und in dem Begleit Schreiben der Bischöfe lesen wir den Satz: „Die Befolgung dieser Weisungen wird es ermöglichen, daß die katholischen Arbeiter stets der fundamentalen Pflicht des katholischen Christen treu bleiben, alle irdischen Handlungen hingulenkend auf das ewige Ziel und lieber alles opfern, als ihren heiligen Glauben und ihr Seelenheil in Gefahr zu bringen.“

Es ist bezeichnend für den Geist, der Papst und Bischöfe bezieht, daß sie die vorstehenden Weisungen nur an die Adresse der katholischen Arbeiter richten, während es ihnen noch niemals eingefallen ist, auch die katholischen Handwerksmeister, Fabrikanten, Bauern, Großgrundbesitzer, Kaufleute, Zeitungsverleger, Rechtsanwälte usw. mit ihren väterlichen Ermahnungen zu erfreuen. Diese Leute würden sich solche Moralpredigten auch schon verbitten, wahrscheinlich würden sie gar den Spieß umdrehen und den Herren Oberpriestern den Rat geben, vor ihrer eigenen Tür zu lehren. Die Tatsache, daß man den Arbeitern allein, nicht aber den Angehörigen der Mittel- und Oberschichten eine derartige Abfälligkeit zu bieten wagt, zeigt deutlich den kapitalistisch verseuchten Charakter des modernen Christentums katholischer Färbung. Sie müßte eigentlich genügen, die katholischen Arbeiter und ihre christlichen Brüder aus dem andern Lager zu veranlassen, den ungebeten Ratgebern mit höflicher Entschiedenheit die Tür zu weisen. Aber leider, leider ist der Mangel an Selbstbewußtsein in diesen Arbeiterschichten so groß, daß sie kaum eine Empfindung haben für die Behandlung, die man ihnen angedeihen läßt. Und die Führer hüten sich wohl, dieses Bewußtsein zu pflegen, sind sie doch selbst, die einstmal den Bischöfen ein Halt zurufen wollten, vor dem Horn der kirchlichen Autoritäten ins Rausloch getrocknet. Da dürfte es wohl angebracht erscheinen, die in der päpstlichen und bischöflichen Rundgebung vertretene Auffassung einmal von grundsätzlichen Gesichtspunkten aus zu untersuchen. Handelt es sich doch im Grunde genommen um eine Weltanschauung, die ihre Wurzeln im Mittelalter hat und die in einem schroffen Gegensatz steht

zu der Weltanschauung des modernen Proletariats.

Bekanntlich verlegt das katholische Christentum den Schwerpunkt des menschlichen Daseins ins Jenseits, während es das Diesseits nur als eine Vorbereitung auf das bessere Jenseits betrachtet. Die Erde ist ein Pilgerort, das Leben ist nur eine Pilgerreise in die ewige Heimat — in diesem mittelalterlichen Bilde tritt die christ-katholische Auffassung deutlich zutage. Dementsprechend fordern auch Papst und Bischöfe, daß der katholische Christ, das heißt der katholische Arbeiter, sein Tun und Lassen im Hinblick auf das höchste Gut und das letzte Ziel hinlenken und zur Erreichung dieses Zieles auch vor dem größten Opfer nicht zurückzucken. Wie dies der Katechismus in seinem ersten Satze kurz und erbaulich ausdrückt, indem er sagt, der Mensch sei auf Erden, um Gott zu erkennen, ihn zu lieben, ihm zu dienen und dadurch in den Himmel zu kommen. Selbstverständlich gilt dies nur für den katholischen Arbeiter, dem immer wieder empfohlen wird, alles zu opfern, und auf alle Annehmlichkeiten des Lebens zu verzichten, weil er im besseren Jenseits für seine Entfagung belohnt werde. „Du christlicher Arbeiter,“ so heißt es in der Schrift eines katholischen Geistlichen, „sollst nicht nach den Tischen der reichen Leute sehen und neidisch auf die feinen Speisen blicken, sondern du sollst mit deiner einfachen Speise zufrieden sein, denn im Himmel wirst du alle Röhre und Seligkeiten genießen. Du christlicher Arbeiter sollst dich nicht über die lange und schwere Arbeit beklagen, sondern du sollst bedenken, daß die Erde zur Arbeit und die Ewigkeit zur Ruhe bestimmt ist!“ Und noch vor kurzem hat ein Jesuitenpater Kohaus in Köln den katholischen Arbeitern in einer Versammlung erzählt: „Der katholische Arbeiter arbeitet für den unendlichen Gott, das ist seine Größe und Würde. Hat er am Ende seines Lebens auch keine Millionen erworben, so ist er doch eins geworden: ein wahrer Edelmann. Der wahrhaft christliche Arbeiter, von der Gnade durchweht, sammelt Gnade. Jede Stunde, jedes Werk wird eine neue Stufe seiner Himmelsleiter!“ Warum, so fragen wir noch einmal, hält man solche Mahnworte nicht den Angehörigen der Ober- und Mittelschichten, damit auch diese ihre Arbeit um Gottes willen und im Hinblick auf die Vergeltung im Jenseits verrichten. Ein katholischer Großagrarier, der durch die Zoll- und Steuerpolitik Millionen aus den Taschen der Arbeiter herauszieht, würde schöne Augen machen, wenn man ihn mit solchen salbungsvollen Worten anredete, ein katholischer Unternehmer würde höhnisch über derartige Galbareden. Aber die unteren Schichten des Volkes, denen ein besseres Dasein im Diesseits sehr wohl zu gönnen wäre, spricht man ab mit einem Wechsel auf das Jenseits und macht ihnen das Diesseits wirklich zu einem Jammertal. In den Anfängen der modernen Arbeiterbewegung besaßen die katholischen Sozialpolitiker vom Schlage eines Bischofs Ketteler noch den Mut, auch den Besitzenden ins Gewissen zu reden und sie an ihre Pflicht gegen die arbeitende Bevölkerung zu erinnern. Das ist heute längst vorüber, heute deckt der offizielle Katholizismus die Volksausraubung und Volksausbeutung mit dem Mantel der Liebe zu und unterstützt noch obendrein die frommen Leute, die sich auf Kosten der großen Masse Reichtümer erwerben und ein Leben in Freude und Wohlstand führen, während er den armen Lohnklaven Entfagung und Zufriedenheit predigt. Wenn man so etwas sieht, so gerät das Blut in Wallung, und die Empörung lodert hoch empor. Oder ist es nicht eine Dreistigkeit sondergleichen, um nicht einen stärkeren Ausdruck zu gebrauchen, daß Papst und Bischöfe, die niemals die Not des Volkes am eigenen Leibe erfahren haben, die Arbeiter zur Zufriedenheit ermahnen, da doch alle Welt,

und nicht zum mindesten auch die Geißlichkeit, nach einer besseren Lebenshaltung strebt und das Jenseits eben Jenseits sein läßt?

Aber hier scheidet sich die moderne sozialistische Weltanschauung von der mittelalterlich-christlichen Auffassung über den Zweck des Lebens. Wir Gegenwartsmenschen lassen die Frage, ob es ein Jenseits gibt, vollständig aus dem Spiele, weil wir darüber nichts Bestimmtes sagen können, aber wir beschäftigen uns desto mehr mit dem Diesseits, dessen Bedeutung wir kennen. Unsere Mutter Erde wollen wir aus einem Jammertal zu einer Stätte des Glücks und der Freude machen, eingedenk des Nietzsche-wortes: „Meine Brüder, ich beschwöre euch, bleibt der Erde getreu und glaubt denen nicht, die euch von überirdischen Hoffnungen reden!“ Und auch an das Goethe-wort erinnern wir uns: „Das Drüben kann mich wenig kümmern, schlägst du erst diese Welt zu Trümmern, die andre mag danach entstehen. Aus dieser Erde quillen meine Freuden, und diese Sonne scheint meinen Leiden, kann ich mich erst von ihnen scheiden, dann mag, was will und kann, geschehn.“ So sprechen wir auch zu unsern katholischen Arbeitsbrüdern: Wir wollen euch beileibe den Glauben nicht nehmen, weil das eine Angelegenheit ist, die jeder mit sich selbst abmachen muß, aber wir bitten euch dringend, in eurem und in unserm Interesse, daß ihr euch nicht das Diesseits wegstellen laßt, daß ihr erkennt, durch nebelhafte Ausichten auf ein Jenseits, das ihr nicht kennt und von dem ihr nichts wißt. Das ist doch wirklich kein unbilliges Verlangen, und wir können uns kaum denken, daß ein ehrlicher Arbeiter diese Aufforderung falsch deuten und unwillig aufnehmen wird. Wir wissen aus eigener Erfahrung, wie groß der Einfluß der Geißlichkeit auf die katholischen Arbeiter ist, aber wir sind überzeugt, daß es auch hier allmählich anfängt zu tagen.

Die Aufgaben der Kassenvorstände in den Zahlstellen.

Die bevorstehenden Neuwahlen der Vorstände der Zahlstellen und somit auch der Revisoren, lassen es im Hinblick auf mancherlei Erfahrungen der letzten Zeit geboten erscheinen, diese besondere Gruppe von Vertrauensleuten der Organisation einmal etwas eingehender auf ihre Arbeitstätigkeit und ihre Verantwortlichkeit hinzuweisen.

Es wird nicht bestritten werden können, daß die Verantwortlichkeit der Revisoren neben der des Kassierenden und Kassierers eine gleich große ist. Es ist deshalb erwünscht, ältere, erfahrene Kollegen, die mit dem ganzen Kassenwesen vertraut sind oder früher selbst den Posten eines Kassierers inne hatten, als Revisoren zu wählen. Ihre Pflicht ist es, gewissenhaft und mit großer Genauigkeit die Abrechnungen zu prüfen, da sie gleich dem Kassierer für eventuelle Unregelmäßigkeiten verantwortlich sind!

Neben den monatlichen Revisionen bei den Abrechnungen, zu denen der Kassierer die Revisoren gewöhnlich einladet, ist es auch ihre Pflicht, alljährlich mehrere unangemeldete Revisionen vorzunehmen. Das letztere hat der gewissenhafte Kassierer nicht als Richtschnur aufzufassen, sondern es gehört unbedingt zur korrekten Kassenführung und Revision in allen Zahlstellen. Nur wenn diese Pflicht erfüllt wird, haben die Revisoren voll und ganz ihre Schuldigkeit getan und sind sich der Verantwortlichkeit ihres Amtes den Mitgliedern gegenüber voll bewußt.

Zur letzten sollen noch einige kurze Fingerzeige für die Revisionen hier in Erinnerung gebracht werden. Die Nachzahlung des gesamten Kassenbestandes ist die erste Tätigkeit bei der Revision; sie hat immer vor der Prüfung der Belege zu erfolgen! Eventuell abgeordnete Gelder an die Hauptkasse hat der Kassierer durch Post- oder Bankquittungen zu belegen. Die Absendung der Gelder, welche die Hauptkasse zu erhalten hat, muß jeder Kassierer vor den angeordneten regel-

Während im Jahre 1910 erst 315 Tarife Bestimmungen über die Arbeitsvermittlung enthielten, sind diesmal solche Vereinbarungen in nicht weniger als 659 Tarifverträgen aufgenommen.

Diese Ergebnisse sind ein Beweis für die steigende Bedeutung der tariflichen Arbeitsnachweise, die sich in der Richtung zum paritätischen Nachweis entwickeln. Sie stehen allerdings noch im Anfang der Entwicklung und müssen vielfach an vorhandene unparitätische Arbeitsnachweise anknüpfen, soweit sich diese des Vertrauens beider Parteien erfreuen. Diese Entwicklung ist so wichtig für die Gewerkschaften, daß diese alle Ursache hatten, die preussisch-ministerielle Einmischung in die Selbstverwaltung der Nachweisanstalten und die Tarifvertragsfreiheit, wie auch die gleichgerichteten Bestrebungen des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise mit aller Entschiedenheit zurückzuweisen.

Die Zahl der Tarifverträge, in denen gemeinsame Einigungs- und Schlichtungsorgane vereinbart worden sind, ist gegenüber dem Vorjahre etwas zurückgegangen. Es ist dies wiederum eine Folge des Eintretens rüstständiger Arbeitergruppen in die Tarifbewegung, denn es bedarf in der Regel erst einer längeren Praxis des tariflichen Zusammenwirkens, ehe es zur Einsetzung gemeinsamer Tariforgane kommt. Die Zahl der Tarife mit solchen Organen beträgt im Berichtsjahre 1907 (1910: 224).

Die Ergebnisse der vorliegenden Statistik der Tarifverträge des Jahres 1911 sind geeignet, den Blick auf die Unvollkommenheiten der statistischen Erhebung selbst zu lenken und vor Ueberschätzungen nachdrücklich zu warnen. Der Vergleichswert der Zahlen der amtlichen Tarifstatistik ist so lange ein völlig unzureichender, als die letztere nur die im Berichtsjahre gerade in Kraft getretenen bzw. erneuerten Tarife umfaßt. Da die Tarife heute meist auf längere Zeiträume als ein Jahr abgeschlossen werden, so kommen in dem einen Jahr ganz andere Tarife in Betracht, als in dem andern und es hängt daher der Gesamterfolg der Tarifbewegung eines Jahres sehr erheblich davon ab, ob gewerkschaftlich hochentwickelte oder gewerkschaftlich rüstständige Berufe dabei beteiligt sind. Über die Tarifstatistik verzeichnet nicht das Maß der erzwungenen Arbeitszeitverkürzung und Lohnerhöhungen, sondern das Maß der erreichten Arbeitszeit und Löhne, also Arbeitsbedingungen. Mit der Erweiterung der Statistik der Tarifbewegung eines einzelnen Jahres zur Tarifbestandsstatistik wird es zwar noch immer nicht möglich sein, das Maß der tariflich gewerkschaftlichen Erfolge zweifelsfrei festzustellen, denn auch dann haben wir erst noch eine Statistik der tariflichen Arbeitsbedingungen, nicht eine solche der tariflichen Erfolge. Immerhin ermöglicht die alljährliche Aufarbeitung des gesamten Bestandes der Tarife und tariflichen Arbeitsbedingungen auch die Fortschritte festzustellen, die erreicht worden sind, da die Zahl der zu kürzerer Arbeitszeit oder höheren Löhnen Arbeitenden sich durch das Hinzukommen neuer Arbeitsschichten mit längerer Arbeitszeit oder niedrigeren Tariflöhnen sich ja nicht verringert, wenn auch ihr Anteil etwas beeinflusst werden mag.

Im Hinblick auf die bessere Vergleichbarkeit und Verwertbarkeit der Bestandsstatistik begrüßen wir den Entschluß des statistischen Amtes, die Tarifstatistik zu vervollständigen. Wir hoffen, daß es dem kaiserlichen statistischen Amt im Verein mit den Gewerkschaften gelingen wird, eine Tarifstatistik zu schaffen, die nicht nur den Beteiligten und vor allem der deutschen Arbeitsstatistik zur Ehre gereicht, sondern die auch das friedliche und aufbauende Wirken der Gewerkschaften derjenigen Kreise offenbart, die sich in der Beschäftigung, Verfolgung und Bedrohung der Arbeiterorganisationen nicht genug tun können.

Denn ein gewaltiger Aufbau ist es, was diese Tarifstatistik bedeutet, ein Aufbau in der Entwicklung neuer Rechtsgrundlagen zu einem werdenden Arbeitsrecht, ein Aufbau in der sozialen Sicherung der ganzen wirtschaftlichen Erziehung abhängiger Volkskreise gegen Rechtsunsicherheit, Willkür und wirtschaftliche Uebermacht, ein Aufbau in pädagogischer Hinsicht durch Erziehung zu Disziplin und Vertrauenskreis, die die Sozialpolitik rückwärts überlassen hat. Es ist kein Zweifel, daß diese Wirksamkeit der Gewerkschaften der ruhigen Entwicklung des gesamten Wirtschaftslebens zugute kommen muß und es ist charakteristisch für die Stellung des industriellen Schlaraffenlandes, daß in dem Fortschritt des Tarifgedankens nicht bloß jeden möglichen Widerstand entgegenzusetzen, sondern die Tarifstatistik auch fortgesetzt zu diskreditieren suchen. Die Abregung weiterer Arbeitgeberkreise gegen die paritätische Regelung der Arbeitsbedingungen kommt ja sinntätig Jahr für Jahr in der geringen Beteiligung an der Mitarbeit für die Tarifstatistik zum Ausdruck. Es sind dieselben Kreise, die die Gesetzgebung unter dem bewunderlichen Vorwand des Arbeitswillens schwebes zur Unterdrückung der Gewerkschaften mißbrauchen möchten. In diesem Bestreben kann ihnen die amtliche Tarifstatistik allerdings nur unebenem werden.

Die Gewerkschaften werden aber, solange die Reichsregierung das Koalitionsrecht der Arbeiter achtet und die Grundlagen einer gleichberechtigten Einwirkung der Lohnarbeiter in das Wirtschaftsgerüst des Staates nicht ansetzt, an der Vervollständigung der Arbeiterstatistik weiterarbeiten; denn sie brauchen sich nicht zu scheuen, ihr Wirken und Schaffen, ihre Kämpfe und Erfolge der weitesten Öffentlichkeit zu offenbaren. Sie sind keine Geheimbünde, wie die Kartelle, Syndikate und Arbeitgeberverbände der Unternehmer — sie wirken im vollen Tageslicht und werden auch ihre Rechte in der Öffentlichkeit mit der größten Fähigkeit zu verteidigen wissen.

Die Nacharbeit in Bäckereien.

Die „Soziale Praxis“ veröffentlicht in Nummer 14 eine mit obiger Ueberschrift versehene Arbeit vom Gewerkschaftsrat A. Löffler in Darmstadt. Löffler hat sich durch einen Artikel gegen die Nacharbeit in den Bäckereien, ebenfalls in der „Sozialen Praxis“ veröffentlicht, schon vor zwei Jahren die Feindschaft der Unternehmerorganisationen zugezogen. Wenn er damals auf die Gründe zur Verhinderung der Nacharbeit nicht erwidert, so handelte er klug, weil die Befürworter sich zu dieser wick-

ligen Frage in den abgedruckten Redensarten ergingen. Als Beweis, daß er nicht nutzlos zu dieser Frage Stellung genommen hat, dient ihm unsere Beitrittsbewegung zur Erreichung der achtstündigen Arbeitswoche. Diese Tatsache an sich wäre ja für die zusammenschlossenen Kreise der Bäckereibesitzer weder maßgebend noch überzeugend, um ihr früheres Urteil einer gewissenhaften Nachprüfung zu unterziehen. Aber die Kundgebungen der Arbeiter überall die Uebereinstimmung derjenigen Arbeitgeber, die selbst mitarbeiten. Das ist die Bestätigung meiner früheren schon ausdrücklichen vertretenen Ansicht auch von der Gegenseite.

Der Gewerkschaftsrat muß die Bäckereibesitzer schon kennen, daß sie niemals ein gefasstes Urteil einer Nachprüfung unterziehen werden. Er schreibt ganz richtig: „Es ist nun nicht anzunehmen, daß aus den Kreisen der Bäckereibesitzer der Anstoß hierzu erfolgen wird. Denn die mit der Abschaffung der Nacharbeit sich einverstanden erklärten, sind die wirtschaftlich schwächeren, die in den Ständevertretungen nicht den Ausschlag geben und auch nicht den nötigen Einfluß besitzen werden, um neue Gedanken in ein Gewerbe zu tragen, das sich jahrzehntelang unter der Gewohnheit des Verbrauchers gebeugt hat und nun aus Abneigung gegen eine aus den Zeiten und ihren Fortbrüngen erwachsene Umänderung im Gewerbe wehrt. Um so mehr, als die ganz großen Unternehmer, die der achtstündigen Betriebe, andere Interessen zu vertreten haben. So wird also die angestrebte Neuerung wieder aus den Kreisen der Arbeitnehmer hervorgehen müssen; im wirtschaftlichen Kampfe wird mit Verlusten auf beiden Seiten erobert werden müssen, was verständnisvolles Eingehen im Frieden hätte gewähren können.“

So wird es auch kommen. Weil die Unternehmer Feinde jeder Reformbewegung im Gewerbe sind, kann ihnen auch bei der Frage: Beseitigung der Nacharbeit, nicht zugemutet werden, daß sie hier einen sozialen Weltblick besitzen. Sie werden sich gegen die zeitgemäßen Bestrebungen zur Wehr setzen. Die Gehilfen können aber erst dann den Kampf dagegen aufnehmen, wenn die im Wege stehenden Demurrisse beseitigt sind. Bis dahin müssen wir allerorts aufläuternd wirken.

Die Fleischnot in Deutschland.

Die letzten Feuerungsdebatten im deutschen Reichstag zeigten noch einmal mit Deutlichkeit, wie scharf der Gegensatz zwischen Proletariat einerseits und den bürgerlichen Parteien und Regierung andererseits ist. Es ist nicht nur ein Gegensatz von wirtschaftlichen Interessen, sondern auch eine geistige Kluft trennt die beiden. Wie verschieden sind die Auffassungen über die Begriffe „Elend“, „Not“ und „Vohlstand“ bei den Vertretern des Proletariats und bei denen der bürgerlichen Parteien.

Zwei Welten stehen sich gegenüber, die zwei verschiedene Sprachen reden. Die eine bedient sich der Sprache der Wahrheit, der Volkstümlichkeit, die andere der Sprache der Lüge, der Ausbeutung der herrschenden Klassen. Darum ist für uns eine gründliche und mehr oder weniger objektive Untersuchung des Feuerungsproblems seitens eines bürgerlichen Gelehrten sehr willkommen. Wir wollen auf Grund eines eben erschienenen größeren Werkes des Herrn Professor J. Ehlens, betitelt: „Die Fleischversorgung des Deutschen Reiches — eine Untersuchung der Ursachen und Wirkungen der Fleischverteuerung und Mittel zur Abhilfe“, erschienen bei Ferd. Enke, Stuttgart 1912, Preis M. 7, das Problem der Fleischversorgung in seiner ganzen Tragweite behandeln.

Sie verstehen unter Fleischnot einen wirtschaftlichen Zustand eines Landes, in dem nicht genügend Fleisch für einen mäßigen Preis vorhanden ist. Dabei kommen hier drei Momente in Betracht. Der Stand des Fleischpreises, der tatsächliche Fleischverzehr pro Kopf und Jahr und das physiologische Minimalmaß an Fleisch, das ein Mensch braucht, um seine physischen und geistigen Kräfte zu erhalten. Beginnen wir mit der Preisbewegung des Viehes und des Fleisches. Die Bewegung der Viehpreise in Deutschland vollzog sich folgendermaßen. Wir bringen hier nur die Verhältniszahlen. Während der Jahre 1900/1911 stieg der Preis der Ochsen um 31,1 pzt. und 26,8 pzt.; der Kühen und Kälber um 37,7 pzt. und 38,1 pzt.; der Schweine um 14,3 pzt. und 16,7 pzt.; der Kalber um 34,4 pzt. und der Hammel um 34,2 pzt.

Die Fleischpreise bewegen sich in der Regel parallel den Viehpreisen. Nun kommt es öfters vor, daß im Falle eines Rückganges der Viehpreise die Fleischpreise gar nicht oder nicht in demselben Maße sinken, wie die Viehpreise. Der Verfasser bringt eine Reihe von interessanten Tabellen, welche die Fleischversorgung in Deutschland illustrieren. Auf Grund der von ihm aufgestellten Berechnungen kommt Professor Ehlens zum folgenden Schluß: „In der Tatsache einer schon lange andauernden, bedeutenden und allgemeinen Preissteigerung des Schlachtviehes in Deutschland ist demnach nicht zu zweifeln. Die Kleinhandelspreise für Fleisch haben an dieser Preissteigerung reichlich teilgenommen, wie die Klagen der Bevölkerung beweisen.“

Interessant ist die Feststellung der Tatsache, daß in der Zeit der Fleischverteuerung der Fleischverbrauch zurückgegangen ist. Dies beweist mit Deutlichkeit, daß die breiten Schichten der Bevölkerung nur das Notwendige verdienen. Jede Lebensmittelverteuerung trifft sie sehr empfindlich. Es entsteht eine Unterernährung mit allen üblichen Begleiterscheinungen.

Nach den Berechnungen des Verfassers sollte der Fleischverbrauch pro Kopf und Jahr im Durchschnitt der Jahre 1904/1911 45,1 kg ausmachen. Das Gesundheitsamt verlangte zu einem höheren Durchschnitt, und nämlich 52,8 kg pro Kopf und Jahr. Der Verfasser kritisiert die Art und Weise der Berechnungen des Gesundheitsamtes und führt hinzu, daß, wenn man die Gewichtverluste des Fleisches durch Zubereitung beim Schlachten abzieht, wird dann noch einen niedrigeren Fleischverbrauch feststellen werden, nämlich 35,4 kg pro Kopf und Jahr. Es ist hier noch ein Moment zu berücksichtigen, nämlich die Verschiedenheit des Fleischverbrauches nach den Einkommensgruppen. Es ist klar, daß die wohlhabenden Familien mehr

fleisch verbrauchen als die minderbemittelten. Damit wird der Durchschnitt des Fleischverbrauches für die minderbemittelten Schichten der Bevölkerung noch kleiner sein. Der Verfasser äußert sich darüber folgendermaßen: „Wenn ein Zehntel der Bevölkerung das Doppelte der durchschnittlich auf den Kopf entfallenden Fleischmenge verzehrt, so vermindert sich die auf den Kopf der anderen neun Zehntel übrige bleibende Menge um rund 11 pzt., d. h. auf etwa 34,3 kg im Jahre.“

Kerner kommt der Umstand in Betracht, daß in den minderbemittelten Schichten der Bevölkerung viel Wurst verzehrt wird, die wegen ihres großen Wassergehaltes — weniger nahrhaft ist, als das andere Fleisch. Die vielen Haushaltungsrechnungen, die in den letzten Jahren vom Staat, von den Gewerkschaften usw. unternommen worden sind, bestätigen die Tatsache des niedrigen Fleischverbrauches der minderbemittelten Schichten der Bevölkerung. Professor Ehlens faßt die Resultate seiner Untersuchungen in folgenden Sätzen zusammen: „Fassen wir das Ergebnis der angeführten Haushaltungsrechnungen zusammen, so finden wir es in vollständiger Uebereinstimmung mit unserer Berechnung des durchschnittlichen Fleischverbrauches auf den Kopf der Bevölkerung. Wir können annehmen, daß die wohlhabenden Schichten, die nur einen geringen Bruchteil der Bevölkerung ausmachen, wie die Ernährung lehrt, das Doppelte und Mehrfache des durchschnittlichen Kopfverbrauches verzehren, und daß der allgemeine Durchschnitt von den hochgelohnten Arbeitern und den mittleren Angestellten nur gerade erreicht wird, während die breiten Schichten der Arbeiterbevölkerung in Stadt und Land teilweise beträchtlich unter diesem Mittel bleiben.“

Ein bekannter deutscher Statistiker Ballod stellt fest, daß, um dem menschlichen Körper die notwendige Menge von Eiweiß zuzuführen, ein Fleischverbrauch von durchschnittlich 54,7 kg pro Kopf und Jahr notwendig sei. Auch das Gesundheitsamt stellt dasselbe Minimalmaß auf. Da aber das Gesundheitsamt mit einem falschen Durchschnittsverbrauch operiert, kommt es auch zu falschen Schlüssen: „Eine Fleischnot, ein allgemeiner Mangel an dem für die Eiweißzufuhr der Bevölkerung notwendigen Fleische, besteht im Reiche nicht.“ Demgegenüber äußert sich Professor Ehlens: „Wir wissen aber, daß tatsächlich die vom kaiserlichen Gesundheitsamte angegebene Ziffer des Fleischverbrauches bei weitem nicht erreicht wird. Sie beruht auf einer Reihe von falschen Schlüssen und Fehlern in der Methode. Selbst wenn sie für den Durchschnitt richtig wäre, kränke sie infolge des überdurchschnittlichen Fleischverbrauches der Wohlhabenden für die Minderbemittelten nicht zu. Es liegt daher nahe, anzunehmen, daß der Fleischverzehr im Deutschen Reiche ungenügend sei, der Bevölkerung die nötige Eiweißnahrung zuzuführen, da er hinter der vom kaiserlichen Gesundheitsamte für notwendig erachteten Höhe zurückbleibt.“

Aber nicht nur die Fleischmangelung ist ungenügend, sondern auch im allgemeinen weisen die breiten Schichten der Bevölkerung eine Unterernährung auf. Der Verfasser äußert sich folgendermaßen: „Fassen wir das Ergebnis dieser Untersuchungen zusammen, so zeigen sie uns, daß sich tatsächlich, wenn auch nicht allgemein, so doch in weiten Kreisen, der minderbemittelten Volksschichten, eine ungenügende Ernährung findet.“ Besonders einleuchtend tritt diese Tatsache auf, wenn man die Ernährungsweise des deutschen Arbeiters mit der des amerikanischen und englischen vergleicht. Der amerikanische und englische Arbeiter kann für dieselbe Summe mehr Nahrungsmittel kaufen als der deutsche. Auch eine Wirkung des „lindenlosen Zolltarifs“ des Deutschen Reiches! Dazu noch die höheren Arbeitslöhne in England und Amerika. Auch in Belgien und den Niederlanden sind die Lebensmittelpreise niedriger als in Deutschland. Seitens der Vertreter der bürgerlichen Parteien und Regierung wird oft auf die Steigerung der Arbeitslöhne hingewiesen, die auf eine Besserung der Lage der Arbeiter hinweist. Professor Ehlens bemerkt dazu: „Zwar haben sich die Löhne meist erhöht, aber ihre Kaufkraft hat sich nicht in demselben Maße gehoben, wie ihr Geldbetrag; ihre Erhöhung ist in manchen Fällen ganz oder nahezu ganz ausgeglichen worden durch die Preissteigerung.“

An der Hand einiger, von verschiedenen Seiten vorgenommenen Berechnungen stellt der Verfasser fest, wieviel eine Familie für ihre Ernährung ausgeben muß. Eine fünfköpfige Familie, bestehend aus zwei Erwachsenen und drei Kindern muß nur für die Nahrung M. 554 im Jahr ausgeben. Eine Familie mit fünf Kindern schon M. 1050. Gaiwer berechnet den Betrag, den eine vierköpfige Familie aufzubringen hätte, wenn sie sich mit der dreifachen Menge von Nahrungsmitteln versorgen wollte, die der Ernährung des deutschen Marinekadeten zugrunde liegt (im Durchschnitt von mehr als 170 Orten in Deutschland, für die Preisangaben über die Lebensmittel vorliegen, für das Jahr 1911) auf M. 1257,36 oder M. 24,18 pro Woche.“

Nach der Einkommensstatistik ist festzustellen, daß im Jahre 1911 41,2 pzt. der Bevölkerung Preußens in Einkommensverhältnissen Familien lebten, d. h. in Familien mit weniger als M. 900 Einkommen im Jahr. Aus diesen Tatsachen ist zu schließen, daß der weitaus größte Teil der Bevölkerung an Unterernährung leidet.

Aus dem oben Gesagten gelangen wir zum Schluß, daß eine Fleischnot in Deutschland besteht, die noch verschärft wird durch die allgemeine Verteuerung der Lebensmittel. Nun, welches sind die Ursachen der Fleischverteuerung? Von der Verantwortung dieser Frage wird auch die Verantwortung der Frage, welche Mittel zur Bekämpfung der Fleischnot vorzuschlagen sind, abhängen. An dieser Stelle wollen wir aber nur die Ursachen der Fleischverteuerung kurz besprechen.

Zuerst kommt das Wachstum der Bevölkerung und die Veränderung ihrer Zusammensetzung zugunsten der städtischen Bevölkerung als Ursache der Fleischverteuerung in Betracht. Je größer die Bevölkerung, desto größer die Nachfrage, als Folge derselben die Steigerung der Fleischpreise. Dabei kommt besonders das rasche Wachstum der städtischen Bevölkerung in Betracht. Es ist eine wissenschaftlich festgestellte Tatsache, daß der städtische Einwohner infolge seiner Lebensweise aus rein physiologischen Gründen mehr Fleischnahrung bedarf als der ländliche Einwohner. Es ist für die Denkweise der kapitalistischen Ge-

Nr. 88 754 234; für Arznei und sonstige Heilmittel wurden A 58 171 234 verausgabt. An Krankengeldern kamen für 115 128 905 Krankheitsstage A 159 582 978 zur Auszahlung.

Die Verwaltungskosten liegen von A 20 134 195 im Jahre 1910 auf A 22 159 349 im Berichtsjahr. Der Lebensschuß der Aktiva über die Passiva war am Schlusse des Jahres A 318 012 594.

Table with 6 columns: Krankheitsfälle, Krankheitsstage, Arztl. Behandl. in A u. M., Arznei ufm., Krankengelder, Schwang- u. Wöchnerinnen-Mutterlöh. in A u. M., Sterbegelder, Anstaltsverpflegung in A u. M., Fürsorge für Genesende in A u. M.

In vorerwähnter Hinsicht haben die Erkrankten an erster Stelle; für Schwangerenunterstützung und Genesendenfürsorge haben diese Klassen die größte Summe unter allen Klassenarten verausgabt.

Im Vergleich mit dem Vorjahr sind die Krankheitskosten ganz erheblich gestiegen, und zwar von A 24,40 auf A 26,25 pro Kopf. Von 1907 auf 1908 war eine ähnliche Steigerung zu beobachten; in dieser Periode erhöhten sich die Krankheitskosten um A 1,57 pro Mitglied.

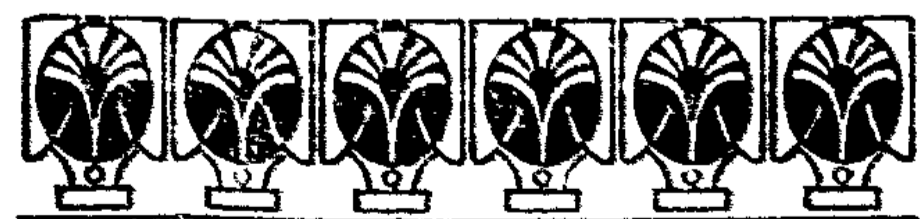
Die Jahre 1908 bis 1910 hatten einen Rückgang gebracht; von 1910 auf 1911 liegen die Krankheitsfälle von 0,40 auf 0,42 pro Mitglied und die Krankheitsstage von 8,01 auf 8,45. Ein Teil der Zunahme dürfte auf die unglückliche Witterung des Berichtsjahres zurückzuführen sein.

Die ordentlichen Ausgaben pro Mitglied steigerten sich von 7,252 im Jahre 1910 auf A 8,882 im Jahre 1911; also um rund A 2. Einen Hauptteil dieses Plus bedecken die Vergüt. und Arbeiter ein. Folgende Zahlen bezeugen das. Es entfallen auf ein Mitglied im Durchschnitt sämtlicher Klassen im Jahre:

Table with 3 columns: 1910, 1911, and a list of expenses including Arztkosten, Arzneikosten, Krankengeld, Schwangeren- und Wöchnerinnenunterstützung, Sterbegeld, Anstaltsverpflegung, Fürsorge für Genesende, Gehalts Krankheitskosten.

Seit dem Jahr von A 1,76 an Krankheitskosten erhielten alle Ärzte und Arbeiter 51 %, das sind beinahe 30 %.

Wir haben nicht gegen eine angemessene Bezahlung der Ärzte und Arbeiter; demgegenüber haben aber die unheimlichen Aufwendungen für Schwangere und Wöchnerinnen und für Genesendenfürsorge in beachtlichem Maße zugenommen. Das Jahr 1911 bringt uns eine Umwälzung in der Krankenversicherung, welcher wird dabei die Durchführung prophylaktischer Maßnahmen schiedlich gesunder und die Gesellschaft wird noch mehr mit der Anlage belastet sein, für ihre Mitglieder nicht in genügendem Maße gesorgt zu haben.



Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Vorstandes. Auf Antrag der Zahlstelle Straßburg i. Gl. wurde abgeschlossen: Joseph Oberlag (Kartennummer) wegen Diebstahls. Der Vorstandsvorsitzende: J. A. O. Ullmann, Vorsitzender.

Quittung.

Vom 30. Dezember 1912 bis 4. Januar 1913 gingen bei der Hauptkasse des Verbandes folgende Beiträge ein:

Für Dezember: Stendal A 30,70, Gatha 103,80, Gera 182,80, Zuhl 116,35, Apolda 39,80, Begehdorf 60, Leipzig 2117,80, Dresden 3618,45, München 3738, Jümenau 41,70, Hannover 954,65, Essen 502,15, Friedberg 25,80, Hamburg 5564,80.

Von Einzelzahlern der Hauptkasse: J. S. Brodhöfe A 6, H. A. Bismar 81,80, P. N. Jhehoe 42,80, H. S. Müldenau — 50, H. K. Mellenbach 1, H. L. Königsee 18, H. Sch. Tempin 5.

Für Abonnements und Annoncen: Kollegen in Bismar A 5, Krankenkasse G. S. 49 22, Hamburg 18,30, P. B. Hamburg 2,25, G. und B. Hamburg 16, G. P. München 13, M. Sch. Berlin 16,25, J. R. Hamburg 2.

Für „Geschichte der Bäcker- und Konditorbewegung“: Gatha A 15, Leipzig 4, Hannover 4.

Der Hauptkassierer. O. Freytag.

Spätestens am 11. Januar ist der 3. Wochenbeitrag für 1913 (12. bis 18. Januar) fällig.

Aus den Bezirken.

Münsterlingen. Alle Postsendungen sind von jetzt an zu richten an: Karl Pietruska, Münsterlingen, Genossenschaftsstr. 60.

Sterbetafel.

Wiesbaden. Adolf Gstädner, 21 Jahre alt, gestorben am 31. Dezember 1912.

Ehre seinem Andenken!

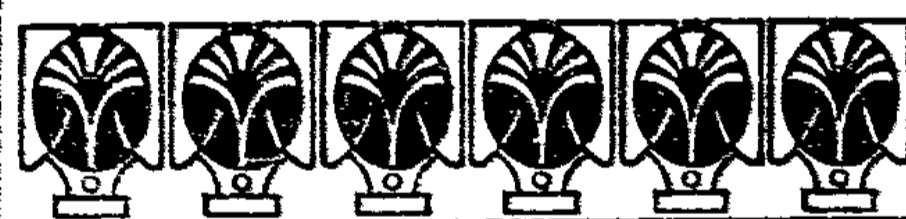
Sohnbewegungen und Streiks.

(Die Berichterstatter über Sohnbewegungen werden ersucht, bei allen Meinungen über erfolgte Tarifabschlüsse auch die Zahl der daran beteiligten Arbeiter und Arbeiterinnen anzugeben.)

Bäcker.

Tarifabschluss mit der Brotfabrik P. Schöttge in Kitzbühler bei Halle a. d. S. Am 31. Dezember lief der Tarif mit der Firma P. Schöttge in Kitzbühler ab. Unsere Kollegen im Betriebe, die alle organisiert sind, waren einstimmig der Meinung, daß den neuen Tarifverhältnissen entsprechend der Tarif nicht nur wieder erneuert, sondern gründlich geändert werden müsse.

Der Tarifabschluss zeigt wieder, was durch Einigkeit der Kollegen erreicht werden kann.



Korrespondenzen.

(Berichte von Versammlungen finden nur Aufnahme, wenn sie von allgemeinem Interesse sind. Alle zur Veröffentlichung bestimmten Mitteilungen müssen mit dem Jubiläumskennzeichen versehen und vom Vorsitzenden gegenzeichnet sein.)

Generalversammlungen.

Gotha. Unsere Generalversammlung fand am 29. Dezember im „Volkshaus zum Koblen“ statt. Der Bericht des Vorstandes, den Kollege Haberhorn gab, zeigte, daß die Zahlstelle Gotha gut entwickelt hat; dank der Unterstützung mehrerer Kollegen sei ein guter Fortschritt zu verzeichnen. Kollege Hoff und im nächsten Jahre auf die Unterstützung aller Kollegen, denn nur dann könne der neu-zuzählende Vorstand den Anforderungen der Organisation gerecht werden.

Bäcker.

Niedrich. In der Fortbildungsschule spielte im am 19. Dezember, abends, folgender eigenartiger Fall auf: Zu Beginn des Unterrichts fehlten zwei Bäckerlehrlinge aus der Frankfurter Straße. Rektor Grünwald befragte einen Schuttmann, die Kollegen zu fragen, die Schuttmann traf die beiden noch bei der Arbeit an; sie zogen es vor, eiligst durch den Hofzaun zur Schule zu gehen und ließen den Schuttmann allein.

trugte einen Schuttmann, die Kollegen zu fragen, die Schuttmann traf die beiden noch bei der Arbeit an; sie zogen es vor, eiligst durch den Hofzaun zur Schule zu gehen und ließen den Schuttmann allein. Als Lehrling sich später bei dem Rektor erkundigte, ob die Schüler da seien, erhielt er eine bejahende Antwort. Jetzt stellte es sich erst heraus, daß die Lehrlinge ohne Begleitung des Schuttmanns den Weg zur Schule gefunden hatten. Um aber den Schülern diese Begleitung anzunehmen, forderte der Rektor den Schuttmann auf, die Jungen noch einmal vorzuführen. Das ging natürlich nicht so glatt ab, wie es sich der Herr Rektor einbildete. Die Lehrlinge weigerten sich, von ihren Plätzen aufzustehen. Darüber regte sich der Herr Rektor gewaltig auf und schlug den einen Schüler mit dem Handstock. Dieser verbat sich die Schläge mit dem Hinweis, daß in Fortbildungsschulen nicht geschlagen werden dürfe. Schließlich verlangte der Rektor von dem Schuttmann, er solle die beiden Lehrlinge sofort in Arrest abführen. Doch der Schuttmann führte sie erst zum Verhör vor den Herrn Kommissar. Dieser war empfindlicher als der Kadavoge Grünwald und fragte die Schüler, aus welchem Grunde sie zu spät in die Schule gegangen wären. Er bekam die Antwort, daß sie jetzt vor den Feiertagen so lange arbeiten mußten. Nach dem Verhör ließ der Kommissar die Ruffäter wieder laufen und kam somit dem Wunsch des Rektors, Abführen in Arrest, nicht nach. In der Schule wurden dann den Lehrlingen aus Bäckereien und Konditoreien Fragebogen über Arbeitszeit usw. vorgelegt. Sie waren recht begeistert, die Antworten hierauf zu erfassen. Der Herr Rektor und die Polizei dürften wohl nun erfahren, daß in diesen Geschäften vor den Feiertagen die Arbeitszeit der Lehrlinge eine ungemöhnlich lange ist. Daher sollte man lieber versuchen, geregelte Arbeitszeit zu erlangen, als mit Gewaltmaßnahmen die wenigen Schuldigen zu treffen. Hoffentlich wird der Herr Rektor aber auch die Bäckereimeister, wo er Liebesarbeit der Lehrlinge feststellte, zur Anzeige bringen, denn sonst muß dieses von anderer Seite nachgeholt werden. Aber auch die neugeborene Zwangsinnung wird eine ihrer Aufgaben darin erblicken müssen, solche Ausbeutereien zu unterdrücken.

Stuttgart. Im Dezember fand hier eine öffentliche Versammlung mit folgender Tagesordnung statt: „Sind unsere Lohnverhältnisse verbesserungsbedürftig und welches sind die Mittel hierzu?“ Referent war Kollege Köhler-Zernburg. Er schilderte die erbärmlichen Lohnverhältnisse, das Kost- und Logisproblem und die sechentägige Arbeitswoche der Kollegenschaft. Die Bäckereimeister hatten von dieser Versammlung etwas gehört und ließen deshalb den Nagelburger seinen Bundesvorsitzenden Schwaner kommen, der die bekannten Weisen auf seiner Orgel spielte. Er deutete auf die Konsumvereine los, behauptete, in deren Bäckereien wäre die Hälfte der Mitglieder unseres Verbandes beschäftigt. Wenn die Kollegen erkrankten, so wären sie selbst schuld; denn es käme davon, daß sie in den Sportvereinen wären. Die Kollegen sollten nur mit den Meistern Hand in Hand arbeiten, dann würden etwaige Mißstände sicher beseitigt sein. Der Referent trat dieser konfusen Ausführungen unter lebhaftem Beifall der Versammlung entgegen, und in der weiteren Diskussion zeigte es sich, daß in Stuttgart doch eine ganze Reihe von Mißständen vorhanden sein müssen. Ein Kollege behauptete, daß sein Meister gesagt habe, er solle nach Weihnachten acht Tage aussetzen, damit der Lohn gestarkt werde; aber der Kollege habe vernünftigerweise erklärt: „So etwas machen wir nicht.“ Ein Bäckereimeister Sellmann beschäftigt einen sechsundzwanzigjährigen Hilfsarbeiter, der zweieinhalb Jahre Bäcker gelernt hat, sich in der Lehre aber zum Krümpel arbeitete und nun für seine Ausbeutung pro Woche A 2 (in Worten zwei Mark!) erhält. Ferner: Als ein Kollege am Sonntag vor der Versammlung die Einladungen verbreitete und er nach der Bäckerei Kemner kam, um den Kollegen zu sprechen, bekam er die Antwort: „Wir haben bloß einen Dummwoll!“ Der Kollege ist etwas ruhig und schwächlicher Natur und deshalb in einer solchen Weise tituliert! Er bekommt für die sechentägige Arbeitswoche ganze A 4!

Die Versammlung hatte den Erfolg, daß wir weiteren Zuwachs erzielten und mehrere Kollegen versprochen, in nächster Zeit bestimmt sich uns anzuschließen. Im Schlußwort wurde der gelbe Schwaner noch aufgeführt, daß wenn er wieder einmal von den Meistern gerufen wird, um eine Versammlung zu veranstalten, er auch unsere Mitglieder ja einladen und nicht hinter verschlossenen Türen tagen soll; aber der Trabe schwingt sich aus und spürt vorläufig von Stuttgart genug zu haben.

Aus Internetchronik.

Bäcker.

Die „Deutsche Bäcker- und Konditor-Zeitung“ berichtet ihren Lesern von der Unterschlagung des Berichtskassierers Süß in Elberfeld. Der verantwortliche Redakteur Kampmann hat es aber heute noch nicht für notwendig erachtet, mitzuteilen, warum der Kassierer Obermeister Löbber seinen Posten in der Zeitung und den Vorsitz im Zweigverband bestialisch niederlegte und ihm nicht der geringste Dank für seine arbeitsreiche Tätigkeit gebührt wurde. Wenn Herr Kampmann über die Ursachen des Mißtritts nicht informiert sein sollte, dann möge er die Nr. 4 unserer Zeitung von 1912 genau durchlesen. Wir haben keine Ursache, Unterschlagungen zu verurteilen, müssen uns allerdings über die Moral der Internetchronik wundern, die systematisch alle unehrbaren Vorgänge in ihrem Lager mit dem Mantel der persönlichen Nächstenliebe zudeckt.

Der Kulmbacher Obermeister als Redaktionsleiter. Wir hatten schon öfters das Vergnügen, den Kulmbacher Obermeister der „Bäckerzeitung“ als ein Licht vorzuführen, welches in allen Fragen mitredet, aber nicht das geringste davon versteht. Darum die Kulmbacher Meister sich gerade diese Leute zu ihrem Führer auserkoren, bleibt wohl für alle Zeiten ein Geheimnis. Während früher die Gumbacher Lanne zum Abnehmer der Stammbuch-Geistesprodukte auserkoren war, handelt es bei uns um

Arbeitsbewegung nach dem Rezept: Weibe im Lande und ernähre dich redlich. In der in Kautschuk erscheinenden 'Bayerischen Rundschau', die uns von Stamm in Lebenswichtige Weise zugeordnet wurde, stellt der Obermeister eine Berechnung an, welche hohen Ausgabes die Einführung des sechsunddreißigstündigen wöchentlichen Arbeitstages den Reimern verursachen würde. Bei dem Vorhandensein von 200 000 (?) Gehilfen und Lehrlingen und der wöchentlichen Aushilfe zu M 5 pro Arbeitstag: berechnet wird das Gemeinwohl von 52 Millionen Mark jährlich belastet. Da aber die Unternehmer diesen enormen Betrag nicht aufbringen können, so muß die Befahrung auf die Konsumenten abgewälzt werden, was zur Folge hat, daß die Verkaufspreise für Brot und Backwaren erhöht werden müssen. Weil aber die Sozialdemokratie die Forderung des wöchentlichen Arbeitstages unterstützt, so wird durch die Sozialdemokratie des Brot vermehrt. Die Stammbrot-Berechnung ist nicht angeführt, aufgestellt, sie hat nur den einzigen Fehler, daß sie nicht richtig ist. Entweder ist dem Obermeister Rechnung nicht bekannt, ist aber das der Fall, dann muß man fragen über die Gehaltsarbeit, mit welcher versucht wird, den Konsumenten Geld in die Augen zu streuen. Kein Wort weiß der edle Rechenfreund über die ungeheure Schädigung in geistiger und körperlicher Beziehung bei der Gehilfen- und Lehrlingsarbeit, durch die nebstwärtige Arbeitsweise verursacht, zu erzählen. Nur die Profitinteressen sind dabei maßgebend. Auch darüber schweigt er sich aus, über die Möglichkeit der Durchführung der sechsunddreißigstündigen Arbeitswoche, die bisher als einziger Grund gegen unsere Forderung angeführt wurde. Herrn Stamm blieb es vorbehalten, die Profitinteressen der Unternehmer zu vertreten, und wir freuen uns, daß er uns seinen eigenen Weg keine Rücksicht machte. In der folgenden Spalte um den Rubrik werden uns die Stammbrot-Berechnungen gute Dienste leisten.

Die Besetzung von Köln a. Rh. beschloß in ihrer Oktober-Ordinanzsitzung: Am 1. Januar 1913 werden die Lehrlinge in erster Lehrjahre monatlich M 3, im zweiten M 6 und im dritten M 9 als Lehrlingsgehalt gezahlt. Lehrlingsgehälter, welche ein höheres Lehrlingsgehalt vorsehen, werden vom Vorstande nicht zumächsten, Nebenverträge sind nichtig. Zusammenfassungen werden mit M 20 Strafe geahndet. Zur Begründung dieses eigentümlichen Beschlusses wurde angeführt, daß die Lehrlinge keine die Gehälter erhalten. Es kommt es, daß die Lehrlinge an die meistbietenden Reimern verhandelt werden, und nicht selten ist es, daß Lehrlinge im ersten Lehrjahre M 20 monatlich erhalten. Durch die einseitige Festsetzung der Gehälter für die Lehrlinge sollte nun diesen Reimern getrennt werden. Denn hat aber die Lehrlinge selbst angegeben, daß für die Gehälter entsprechende niedrige Löhne gezahlt werden, wenn diese nicht mehr an Lohn erhalten als die Lehrlinge. Dieser Widerspruch muß dazu führen, daß eine unheimliche Schlingenschiebererei sich ergibt. Nach unserer letzten Erhebung sind in der Provinz Köln neben 1170 Gehilfen 221 Lehrlinge beschäftigt. Wenn die Reimern mit 574 Gehilfen in Bezug gebracht werden, dann kommen auf 65 Gehilfen in der Rheinprovinz 221 Lehrlinge. Unter der Annahme, daß es sich um 500, nicht um 1000, um die Gehaltsfestsetzung gehandelt hätte, so würden es nur 110 Gehilfen, wenn durch die Schlingenschiebererei angebracht würde.

Was für die Gehilfen. Die bedürftigen Reimern...

Am 12. September 1913 wurde in der 12. Sitzung des Reimernvereins in Köln ein Bescheid über die Besetzung von Köln a. Rh. beschlossen. Die Reimernvereine sind durch die Besetzung von Köln a. Rh. sehr bedrückt, da die Reimernvereine durch die Besetzung von Köln a. Rh. sehr bedrückt sind. Die Reimernvereine sind durch die Besetzung von Köln a. Rh. sehr bedrückt, da die Reimernvereine durch die Besetzung von Köln a. Rh. sehr bedrückt sind.

Die Reimernvereine sind durch die Besetzung von Köln a. Rh. sehr bedrückt, da die Reimernvereine durch die Besetzung von Köln a. Rh. sehr bedrückt sind. Die Reimernvereine sind durch die Besetzung von Köln a. Rh. sehr bedrückt, da die Reimernvereine durch die Besetzung von Köln a. Rh. sehr bedrückt sind.

Die Reimernvereine sind durch die Besetzung von Köln a. Rh. sehr bedrückt, da die Reimernvereine durch die Besetzung von Köln a. Rh. sehr bedrückt sind. Die Reimernvereine sind durch die Besetzung von Köln a. Rh. sehr bedrückt, da die Reimernvereine durch die Besetzung von Köln a. Rh. sehr bedrückt sind.

fest" auch im Konditorenberufe ein Unterricht ergibt. Ob er auch jetzt dem Darmstadt der dort werden wird, dürfte fraglich sein. Wenn er ihn den Gehilfen aber noch weiter empfehlen will, hat er sicher kein Glück mehr, dafür wird die Organisation sorgen, die auch den Konditorgehilfen immer mehr zum denkenden und selbstständig fühlenden Arbeiter erzieht und ihm sagt, was ist und kommen wird.

Ans gegenwärtigen Organisationen.

Sie sparen ihrer selbst. Im christlichen Verbandsstand, das bis heute noch nicht das papistische Reizmittel gegen die christlichen Gewerkschaften verstanden, um so mehr aber ihren Schein gegen den sozialdemokratischen Terrorismus" verwendet, werden gegen die Rechtsprechung unserer Bezirksleiter Gumpendörfer hämische Blößen zum Vorschein kommen. Kommt das aber bei einem christlichen Reimern vor, dann sind es nur einige Minderheitsmitglieder. Daß die christliche Redaktion in Düsseldorf den in der schwarzen 'Donau-Zeitung' veröffentlichten Artikel als 'Lachkäse' übernehmen wird, hätten wir ihr schon deshalb nicht zugestimmt, weil doch die Drahtzieher wissen müssen, unter welchen unheilvollen Einfluß der Pfaffen die Schulverhältnisse, speziell in Niederlagen und der Oberstufe, zu leiden haben. Ein Produkt dieser Ausbildung ist doch der christliche Hausbauer selbst, von dem wir Briefe in Händen haben, die geradezu zeigen von Minderheitsmitgliedern. Wir haben nur dann die Veröffentlichungen solcher Schreiben vorgenommen, wenn das Reimertum zu gefährdet wurde. Kommt es aber anlässlich unserer Reimernbesprechung, um zu zeigen, welcher Herr hinter der christlichen Mäule steckt. Während hier jedoch zu beobachten ist, daß die Interessen der Gehilfen am vergrößerten Gehaltsbeitrag in keiner Weise vertreten werden, sogar, wie es in neuerer Zeit der Fall war, verhindert wird, gegen die unverschämten Reimern in Saffan vorzugehen, haben mehrere Kollegen es unserem Bezirksleiter Gumpendörfer

Jedes Mitglied bemühe sich, den Wochenbeitrag für den Verband stets im voraus zu entrichten!

zu verhindern, daß sie unter besseren Lohn- und Arbeitsbedingungen beschäftigt werden. Dann beruht der Unterschied zwischen dem christlichen 'Minderheitsmitglied' und dem 'Lachkäse' auf dem 'Lachkäse'.

Polizei mit Schritt.

Ein Spandauer Lehrlingsführer vor Gericht. Durch die letzte Sitzung, die die Kollegen in Spandau veranstalteten, hat sich ergeben, daß die Lehrlingsführer hier geradezu erschreckende Formen angenommen hat. Es wurde ausdrücklich festgestellt, daß unter sechs 30 in Klein- und Großstädten 110 Lehrlinge vorhanden sind. In jeder Stadt liegt auch die Lehrlingsführung für die ausgebildeten große Minderheitsmitglieder. Die hier jetzt geradezu. Gibt es doch Reimern, die drei, auch vier Lehrlinge ohne einen Gehilfen beschäftigen und so natürlich die Lehrlinge, unverschämter durch eine ständige Kontrolle durch die Gehilfen, als auch andere ausgenutzt oder 'ausgewaschen' werden können. Diesen Reimern mußte entgegengetreten werden und es unverschämter mit mehreren von ihnen hat der Vorstand des Reimernvereins. Durch die unverschämten Minderheitsmitglieder wurden unsere Lehrlinge unverschämter gequält und trotz der fast Gewerkschaften unverschämter gequält, daß gegen die betreffenden Reimern ein Strafverfahren eingeleitet werden ist. Eine Verleumdung hat diese Reimern sich nur vor dem Schlichtungsausschuss zu verantworten und wurde wie aus dem folgenden Bericht der 'Donau-Zeitung' hervorgeht, in M 100 Geldstrafe verurteilt.

Die Reimernvereine sind durch die Besetzung von Köln a. Rh. sehr bedrückt, da die Reimernvereine durch die Besetzung von Köln a. Rh. sehr bedrückt sind. Die Reimernvereine sind durch die Besetzung von Köln a. Rh. sehr bedrückt, da die Reimernvereine durch die Besetzung von Köln a. Rh. sehr bedrückt sind.

Die Reimernvereine sind durch die Besetzung von Köln a. Rh. sehr bedrückt, da die Reimernvereine durch die Besetzung von Köln a. Rh. sehr bedrückt sind. Die Reimernvereine sind durch die Besetzung von Köln a. Rh. sehr bedrückt, da die Reimernvereine durch die Besetzung von Köln a. Rh. sehr bedrückt sind.

Abdankungslose Entlassung. Der Kollege L. E. wurde am 20. November von dem Bäckermeister J. in Scherwin eingestellt und am nächsten Tage wieder entlassen, angeblich, weil er schlechte Arbeit geliefert habe. Er klagte deshalb gegen den Meister auf Auszahlung des vierzehntägigen Lohnes im Betrage von M 42,50. Vor Eintritt in die Verhandlung wurden Vergleichsvorschläge gemacht, aber trotz geringer Differenzen gelang eine Einigung nicht. Als in die Verhandlung eingetreten werden sollte, lehnte der Vertreter des Klägers den Vorsitzenden des Gerichts als befugten ab, weil der Bruder des Vorsitzenden Besitzer eines Lokals, in dem vielfach Bäckermeister verkehrten, ist, und weil der Vorsitzende bei der Terminübernahme wohl den Beklagten, nicht aber den Kläger gefragt habe, welche Stunde ihm passe. Weiter verbot der Vertreter des Klägers auf ein früher vom Gewerbegericht gegen den Beklagten ergangenes Urteil. Der Vorsitzende verwarf die Sache in kurzen Worten gegen jede Befangenheit in dieser Sache und schloß die Verhandlung. Einige Tage später kam es zu erneuter Verhandlung unter einem neuen Vorsitzenden. Die Klage erbeutete durch einen Vergleich, nach welchem der Kläger mit etwas mehr als die Hälfte seines Anspruchs befriedigt wurde. Zu einer Beschlußfassung über die Ablehnung des ersten Vorsitzenden wegen Befangenheit kam es deshalb nicht.

Sozialpolitisches.

Die Ergebnisse der Vertrauensmännerwahlen in der Angestelltenversicherung. Die Wahlen der Vertrauensmänner für die am 1. Januar 1913 in Kraft tretende Privatangestelltenversicherung sind nun in allen Bezirken beendet. Eine amtliche Zusammenstellung der Wahlergebnisse wird wohl kaum erfolgen. Der Verband der Bureauangehörigen (Sitz Berlin) hat es daher unternommen, eine private Erhebung über den Ausfall der Wahlen zu veranstalten. Es ist ihm gelungen, die Ergebnisse aus 390 Wahlkreisen zu ermitteln. Das ist die knappe Hälfte sämtlicher Wahlbezirke. In den 390 Kreisen wurden abgegeben 351 611 Stimmen. Davon erhielt die Freie Vereinigung für die soziale Versicherung der Privatangestellten 77 902, der Hauptausschuß für die Sonderversicherung 260 655, sonstige zerstückelte Listen 12 934 Stimmen. Mandate erhielten: Freie Vereinigung 709 (davon 202 Vertrauensmänner, im übrigen Ersatzleute), Hauptausschuß 2316 (davon 318 Vertrauensmänner), Liste 140 (davon 45 Vertrauensmänner).

In vielen Kreisen verlor die 'Bahl' recht eigenartig. In mindestens 65 Bezirken, die 105 Vertrauensmänner und 390 Ersatzmänner zu stellen haben, konnte der Hauptausschuß ohne weiteres keine Listen als gewählt erklären lassen, weil keine Gegenlisten vorhanden waren. Darunter sind leider eine Reihe größerer Städte, von denen man das nicht erwartet hätte, wie zum Beispiel Niedersieben, Erlangen, Jena, Regensburg, Ulm, Waldenburg usw. In mindestens 5 Bezirken (Darmstadt, Ronsdorf usw.) sind überhaupt keine Listen eingereicht worden. Entwerfer der gesetzlichen Bestimmungen wurden deshalb die nötigen Vertrauensvereine ernannt.

Im allgemeinen muß man sagen, daß die Freie Vereinigung im Verhältnis zu ihrer Mitgliedszahl sehr gut abgeschnitten hat. Galt es doch seit der Verbands des Hauptausschusses als die Beherrschende der Situation. Es ist doch auch das erste Mal, daß die linksstehenden Angestelltenverbände hier Freie zu schlagen versuchten. Die Anhänger des Hauptausschusses geben selbst zu, daß sie namentlich in den größten Städten, wie Berlin, Hamburg usw., Niederlagen erlitten.

Allgemeine Maßnahmen zur Verhütung von Krankheit und Unfällen.

Die Reichsversicherungsordnung gestattet den Trägern der Versicherung, entweder neu oder in erweitertem Maße die Unfallversicherung, das heißt die Verhütung von Unfällen, zu verlangen. Das ist sehr zu begrüßen, denn alle Unfälle und Unfälle sind viel leichter zu verhindern als zu heilen und zu entschädigen. Der 8. Abschnitt der Unfallversicherung, unannehmlich Mittel der Hilfe für allgemeine Zwecke der Unfallversicherung zu verwenden. Wenn die Bestimmungen am 1. Januar 1913 in Kraft tritt, werden sicher an sozialer Produktivität ein Verbrauch werden. In der Unfallversicherung ist die Unfallverhütung etwas wichtiger als in der Unfallversicherung. Es müssen zum Beispiel die gewählten Vertreter der Trägern die Verhütung der Unfallversicherungswahlleistungen mindestens jedes Jahr einmal zu veröffentlichen werden, um zu den Verhütung der Unfallversicherungswahlleistungen Stellung zu nehmen und die Unfallversicherungswahlleistungen zu erörtern. Die Unfallversicherungswahlleistungen sind mit dem 1. Januar 1913 in Kraft getreten. Die Unfallversicherungswahlleistungen sind mit dem 1. Januar 1913 in Kraft getreten. Die Unfallversicherungswahlleistungen sind mit dem 1. Januar 1913 in Kraft getreten.

Die Unfallversicherungswahlleistungen sind mit dem 1. Januar 1913 in Kraft getreten. Die Unfallversicherungswahlleistungen sind mit dem 1. Januar 1913 in Kraft getreten. Die Unfallversicherungswahlleistungen sind mit dem 1. Januar 1913 in Kraft getreten.

rungsanstalten unterstützen die Gemeindeflektionen. Der Rückgang auf die hohen Geldmittel, über welche die Anstalten verfügen, könnten sie noch viel mehr tun.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Verhandlungen über einen Reichstakt im Baugewerbe. Unter dem Vorsitz des Gewerbegerichtsdirektors Dr. Brenner fanden in München Vorverhandlungen behufs Abschlusses eines Reichstaktvertrages für das deutsche Baugewerbe statt. Beschlossen wurde, daß zu den Verhandlungen nur die bisherigen Vertragsparteien zugelassen werden sollen. Sämtliche Vertragsparteien stehen grundsätzlich auf dem Standpunkt des Tarifvertrages, den sie als zurecht die zweckmäßigste Form der Regelung der Arbeitsverhältnisse ansehen. Sämtliche Parteien wünschen auch unter Ausschaltung eines Kampfes wiederum zu einem Tarifvertragsabschluß zu gelangen. Allseits besteht indes die Auffassung, daß der bisherige Vertrag im Vollzuge eine Reihe von Mängeln gezeigt hat, die in einem zukünftigen Vertrage behoben werden sollen. So soll insbesondere größere Klarheit über die Affordarbeit, über den Arbeitsnachweis, über den persönlichen und sachlichen Geltungsbereich des Vertrages sowie über die tatsächlichen Instanzen geschaffen werden.

Von Seiten der Arbeiterverbände wird als prinzipielle Forderung eine Erklärung des Arbeitgeberbundes verlangt, daß eine allgemeine Lohnerhöhung garantiert wird, das heißt, es sollen die Bezirks- beziehungsweise örtlichen Verbände angewiesen werden, über Lohnerhöhungen zu verhandeln und eine solche zu bewilligen. Sodann sollen die Bemerkungen gegenüber dem Verlangen der Arbeiterorganisationen auf Verkürzung der Arbeitszeit unter gleichzeitiger Gewährung eines Lohnausgleichs besichtigt werden. Ferner sollen vorerst örtliche Verhandlungen über Löhne und Arbeitszeit stattfinden und soll erst danach in die Beratung und Festlegung des Hauptvertrages und eines Vertragsmuster eingetreten werden.

Demgegenüber erklärten die Vertreter des Arbeitgeberbundes folgendes: „Sollten sich die Bezirksverbände des Arbeitgeberbundes mit den Bezirksvertretungen der Arbeitnehmerorganisationen auf örtliche Lohnerhöhungen einigen, so will die Bundesleitung dem nicht entgegenstehen. Der Arbeitgeberbund ist jedoch nicht in der Lage, die verlangte Garantie für eine allgemeine Lohnerhöhung zu übernehmen, kann auch keine allgemeine Anweisung auf Lohnerhöhung geben. Um Verhandlungen in den Bezirken überhaupt zu ermöglichen, hält es der Arbeitgeberbund für unerlässlich, daß der Hauptvertrag, ausschließlich des Vertragsmusters, zwischen den Zentralverbänden vorher festgestellt wird. Sollen sich der Vereinbarung des Hauptvertrages und des Vertragsmusters unüberwindliche Schwierigkeiten entgegenstellen, so ist der Arbeitgeberbund bereit, den jetzigen Vertrag bis zum 31. März 1915 unverändert zu verlängern.“

Ferner wird vom Arbeitgeberbund die Einbeziehung der Betonarbeiter in den Tarifvertrag gefordert, wozu die Arbeiterverbände keine endgültige Stellung einnehmen können.

Sämtliche Parteien halten an ihren Erklärungen fest. Die Vertreter der Arbeiterverbände erklärten schließlich, daß sie auf weitere Verhandlungen über den gesamten Inhalt des Hauptvertrages und des Vertragsmusters noch nicht vorbereitet seien und darüber auch nicht verhandeln könnten.

Darauf wurden die Verhandlungen in allerseitigem Einverständnis auf den 21. beziehungsweise 22. Januar 1913 vertagt. Die Verhandlung soll in Berlin wiederum unter dem Vorsitz des Herrn Dr. Brenner stattfinden.

Fünfzigjähriges Jubiläum eines Gewerkschaftsblattes.

Das Verbandsorgan des Buchdruckerverbandes, der „Korrespondent“, konnte jetzt sein fünfzigjähriges Bestehen feiern. Am 1. Januar 1863 erschien als Eigentum des Feinsinger Vereins eine Wochenzeitung für Deutschlands Buchdrucker und Schriftsetzer mit dem Titel „Korrespondent“. Richard Bartel, der erste Präsident des 1866 gegründeten Deutschen Buchdruckerverbandes, war gleichzeitig Redakteur dieses Verbandsorgans. Die Vorjahre des „Korrespondent“ reichen bis zum Jahre 1766 zurück, und zwar wurde in jenem Jahre durch den Doktor Schwarz in Hamburg eine Zeitschrift betitelt „Der Buchdrucker“ herausgegeben. Nach acht Jahren wurde von Schwarz eine Neuauflage herausgegeben, ein Zeichen, daß der Bedürfnis für eine Fachzeitung vorhanden war. Zu halten war diese Zeitschrift jedoch nicht. Später unternahm der Buchdruckermeister Willig in Rottweil im Jahre 1816 den Versuch, mit der „Innovatour“ den Buchdrucker ein Blatt zu schaffen, das im Gegensatz zu seinen Vorläufern offensichtlich den Gehilfenstandpunkt mehr zuzugewandt. Der inzwischen im Mai 1818 auf den Bau getretene „Gutenberg“ erkrankte der „Innovatour“ aber das Beside, so daß auch dieses Blatt eintraf. Der „Gutenberg“ beachte es im Verlauf mit fünfzigjährigen Bestehen zur Bedeutung eines wirklichen Gehilfenblattes; er konnte bis zu den Augusttagen 1848 2000 Abonnenten aufweisen. Doch auch diesem dritten Buchdruckerorgan fehlten nach eintwischen Schwerezeiten entgegen, denen es schließlich erlag. Die poligistischen Verordnungen, die Veränderungen durch die Preispolitik, das neue preussische Verzeichnis und der Aufschlag der verunglückten Ferkelton vom August 1848 brachten den „Gutenberg“ schließlich auf 600 Bezahler herunter; mit Ende 1852 stellte er sein Erscheinen ein. Ein im Jahre 1852 gegründetes neues Blatt, das etwa 700 Abonnenten zählte, wurde ebenfalls sein Erscheinen im Jahre 1857 einstellen.

Die Leipziger Buchdrucker beschloßen am 21. März 1862 einen Ausbruch für das zu gründende Journal anzuführen. Die materiellen Mittel wurden dazu aufgebracht durch 20 Anstaltscheine zu 15 Kreuzern, die sämtlich durch Auslösung zur Rückzahlung gelangten. So wurde auch eine Anzahl von 500 Tälern bei der Neuerung gestellt werden, die später auf 800 Taler erhöht wurde. Der erste Nummer dieses neuen Blattes erfreute sich allgemeiner bester Aufnahme, selbst im Ausland. Unter Bartels Leitung, der 17 Jahre lang am „Korrespondent“ wirkte, entwickelte sich der „Korrespondent“ zu dem allseitig anerkannt vortrefflichen Gewerkschaftsblatt, das besonders dem Gedanken der Tarifverträge mit Geißel und Kraft

vertrot. Der „Korrespondent“, der heute wöchentlich dreimal erscheint, hat eine Abonnentenzahl von 40 300. Da dieses Gewerkschaftsblatt nicht obligatorisch für die Mitglieder eingeführt ist, so liefert seine Auflage zu dem im Buchdruckerverband organisierten rund 65 000 Buchdruckern einen Beweis dafür, daß das Blatt sich in den Kreisen der Buchdrucker großen Eingang verschafft hat. Zu seinem Ehrentage gratulieren ihm nicht nur die Buchdrucker, sondern auch die gesamten gewerkschaftlich organisierten Arbeiter.

Der Anschluß des Bildhauerverbandes an den Holzarbeiterverband ist in einer Urabstimmung der Mitglieder des Bildhauerverbandes abgelehnt worden. Von den abgegebenen Stimmen waren 1653 = 52 pzt. für und 1518 = 47,8 pzt. gegen den Anschluß. Die einfache Mehrheit wäre somit für den Anschluß gewesen. Da aber die Generalversammlung des Bildhauerverbandes eine Zweidrittelmehrheit forderte, ist die Verschmelzung mit dem Holzarbeiterverband wieder abgewiesen worden.

Der Uebertritt des Lagerhalterverbandes zu dem Handlungsgeliffenverband ist mit Jahreschluß erfolgt. Die „Lagerhalter-Zeitung“ erscheint ab 1. Januar im Verlage des Handlungsgeliffenverbandes vierzehntäglich unter dem Titel „Der Hilfsleiter“. Der Verband hat seinen Sitz in Berlin.

Der Anschluß des Schiffszimmererverbandes an einen der bestehenden größeren Verbände war Gegenstand der Beratung in einer Konferenz, an der die Vorstände der Schiffszimmerer, Metallarbeiter und Holzarbeiter teilnahmen. Eine Generalversammlung des Schiffszimmererverbandes hatte seinerzeit den Vorstand beauftragt, mit den Metallarbeitern und Holzarbeitern Rücksprache in der Verschmelzungsfrage zu nehmen. Die Konferenz kam zu dem Ergebnis, daß der Vorstand des Schiffszimmererverbandes erklärte, nach Lage der Dinge nur den geschlossenen Anschluß des Verbandes an den Holzarbeiterverband empfehlen zu können, weil die meisten seiner Mitglieder nur in Holz arbeiten und weil aus tatsächlichen Gründen eine Spaltung in Holz- und Metallarbeitern bei den Schiffszimmerern nicht erwünscht ist.

„Die Schiffahrt“ nennt sich seit Beginn dieses Jahres das Organ für die Interessen der Seeleute, Binnenwasser- und Küstler Deutschlands, nachdem es mehr als 15 Jahre unter dem Titel „Der Seemann“ seinen Aufgaben unerschrocken, lässig und unermüdet gedient hat. Die Namensänderung ist nur aus Zweckmäßigkeitsgründen erfolgt, da nach Verschmelzung des Verbandes der Seeleute mit dem Transportarbeiterverband die Organisation immer härteren Zuwachs aus den Reihen der Binnenwasser erhalten hat. Am 1. November 1897 erschien „Der Seemann“ zuerst in einer Auflage von 1000 Exemplaren, und jetzt kann „Die Schiffahrt“ in 30 000 Exemplaren in die Welt flattern.

Der nächste Schweizer Gewerkschaftskongress wird Anfang September 1913 in Zürich tagen. Im Anschluß daran wird die internationale Konferenz der gewerkschaftlichen Landeszentralen und, zum erstenmal, eine Konferenz der Vertreter der Landeszentralen mit allen internationalen Berufssekretären stattfinden.

Neuere Entwicklung der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung. Nach den von der American Federation of Labor anläßlich ihrer 2. Jahresversammlung zu Ende November vorigen Jahres veröffentlichten Bericht, bezieht sich die Gesamtmitgliedschaft dieser weitläufigen Vereinigung amerikanischer Gewerkschaften zu Ende September des vorigen Jahres auf 1 841 256 Mitglieder. In abgerundeten Durchschnittsziffern zeigt die American Federation of Labor folgende Entwicklung ihrer Mitgliedschaft während der drei Jahrzehnte ihres Bestehens:

1881.....	50 000	1906.....	1 454 000
1891.....	240 000	1907.....	1 538 000
1901.....	787 000	1908.....	1 586 000
1902.....	1 024 000	1909.....	1 482 000
1903.....	1 485 000	1910.....	1 562 000
1904.....	1 676 000	1911.....	1 761 000
1905.....	1 494 000	1912.....	1 770 000

In einem Heftchen über die finanzielle Entwicklung der American Federation of Labor kommt der gewaltige Aufschwung dieses Gewerkschaftsverbandes wenigstens noch deutlicher zum Ausdruck. Im Jahre 1891 belief sich das Budget des Verbandes in Einnahmen auf 174 Dollar, in Ausgaben auf 154 Dollar; im Jahre 1911 beliefen sich die entsprechenden Ziffern auf 182 188 und 173 524 Dollar, und im vorigen Jahre betragen sie 207 373 und 277 473 Dollar. Dies zeigen die Folgen der unerschrocken fortgesetzten Verteidigung der Bruder Macnamara. Was die Streikbewegung anbelangt, so waren die in der Federation beteiligten Gewerkschaften während des Vertriebsjahres an 716 Streiks beteiligt, bei denen im ganzen 20 069 Arbeiter die Arbeit niederklegten. Gewonnen wurden 275 Streiks, 18 wurden auf dem Wege des Vergleichs erledigt, 275 sind noch nicht beendet und 61 endeten mit der Niederlage der Streikenden.

Die Angaben über die Entwicklung der übrigen Gewerkschaftsverbände und Arbeiterorganisationen sind weniger zuverlässig, was zum Teil damit zusammenhängt, daß diese Verbände sich sehr auf dem absteigenden Abwärts befinden. Die einst so mächtigen „Arbeiterritter“ (Knights of Labor), die um Mitte der achtziger Jahre den Gipfel ihrer Entwicklung erreicht hatten, sind heute zur Bedeutungslosigkeit zusammengeschrumpft. Ihre Einnahmen hatten 1887 die Höchstziffer von 197 000 Dollar erreicht, während sie schon 1901 nur noch 10 556 Dollar betrugen. Dagegen besitzen die unabhängigen Eisenbahnerorganisationen immerhin einige Hunderttausend Mitglieder, während die „Industrial Workers of the World“ einige zehntausend Mitglieder zählen. Eine Schätzung der Gesamtzahl der organisierten Arbeiter der Vereinigten Staaten wird somit etwa auf eine Ziffer von zwei und einer halben Million Arbeiter herauskommen.

Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, daß die American Federation 112 sogenannte internationale Gewerkschaften umschließt, das heißt Organisationen, welche sowohl Arbeiter der Vereinigten Staaten wie auch kanadische Arbeiter umfassen.

Allgemeine Rundschau.

Den christlichen Bergarbeitern im Saarrevier sind von ihren Führern wieder einmal trügerische Hoffnungen auf eine Besserung ihrer Lage erweckt worden. Man hatte die Knappen unter großem Tamtam zu einer Lohnbewegung mobilisiert und vorgegeben, sie am 2. Januar in den Streik treten zu lassen, wenn der Bergfiskus angebrochene Verschlechterungen nicht zurücknehme und einige bescheidene Forderungen ablehne. Vorher hatten die christlichen Führer noch einen jesuitischen Streich gegenüber dem alten (freien) Bergarbeiterverbande verübt. Sie hatten sich an die Leitung des freien Verbandes mit der Anfrage gewendet, ob diese bereit wäre, in die Bewegung mit einzutreten, und als von dort die selbstverständliche Gegenfrage kam, ob man drüben auch alle Konsequenzen einer solchen Bewegung ziehen wolle, drückten sich die frommen Herren natürlich um eine bindende Erklärung, verächtigten aber die Freien nunmehr, daß diese die Interessen der Bergarbeiter nicht wahren wollten. Dann wurde für sämtliche 50 000 Saarbergleute die Kollektivkündigung zum 2. Januar eingereicht, worauf die Bergverwaltung ihnen noch höhnisch eine Anweisung gab, wie sie es noch einmal machen sollen, damit die Kündigung auch wirklich rechtsverbindliche Form erhalte. Aber die ganze Kündigung war ja nur ein Täuschungsmanöver für die Knappen; denn die Zentralleitung konferierte inzwischen mit den Ministern und den Gruberverwaltungen und ließ sich schnell auf einige Tage Versprechungen festlegen. Sie mußte nämlich selber ganz genau, daß ihre Organisation trotz aller großen Worte viel zu schwach war, um ernstlich in den Kampf treten zu können, und als man ein paar Nebensarten eingeholt hatte, wurden die Knappen zurückgeworfen. Eine Revierversammlung mußte sich schließlich, wenn auch unter tumultuärem Widerspruch, mit den Zugeständnissen begnügen.

Die ganze Komödie stellt sich als ein mißlungener Versuch dar, das Prestige der christlichen Gewerkschaften gegenüber den Berliner Fachvereinen wieder zu heben. Doch die Blamage ist wirklich groß, denn die Münchener Gladbacher mußten nun annehmen, was ihnen zuerst selbst nur als eine trübe Luft erschien, während die Berliner es gleich als „einwilligen zufriedenstellendes Zugeständnis“ gepriesen hatten.

Wie sehr die Gegensätze zwischen Münchener-Gladbacher und den Berliner Facharbeitern auch im Saarrevier aufeinanderplayen, zeigt die Meldung, daß die Leitung der katholischen Fachabteilung beschloß, eine Kommission von 24 Mitgliedern, die aus Bergarbeitern der im Saarrevier bestehenden zwölf königlichen Berginspektionen besteht einzusetzen, um über die Einhaltung der von der Bergwerksdirektion gegebenen Versprechungen zu wachen. Eine Revierkonferenz des christlichen Gewerksvereins hat das selbe beschlossen, nur mit dem Unterschied, daß dieser Kommission nur elf Mitglieder angehören.

Scharfhauber Alexander Tille, einer der bekanntesten wütenden Gegner der Arbeiterbewegung ist vor kurzem gestorben. Er war zuletzt Generalsekretär der süddeutschen Eisenindustriellen und spielte als solcher im Zentralverbande der deutschen Industriellen eine große Rolle, trieb es aber in seinem Herrenmenschenum so arg, daß sich selbst in diesen Kreisen der Widerspruch gegen ihn regte und nur jetzt die „Kölnische Zeitung“ nachruft:

Tille versuchte, den Nietzscheanismus, die Lehre vom Übermenschen, in die praktische Nationalökonomie überzuführen, er predigte die Unmöglichkeit des Unternehmers, die Schädlichkeit jedes Sozialmoralismus. Das heißt, er verwarf rundweg alle sozialpolitischen Maßnahmen und jedes gleichberechtigte Zusammengehen von Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Er ging sogar noch darüber hinaus und bestritt den Arbeitern das Recht, sich zur Erreichung besserer Arbeits- und Lohnbedingungen in Vereinigungen zusammenzuschließen. Den gewerkschaftlichen Gedanken verurteilte er als ein wirtschaftliches Erpferment, gegen das man den Strafrichter zu Hilfe rufen müsse. Alle diese Gedanken, die auf eine ungeheuerliche Wirkamkeit des Unternehmertums und auf eine vollständige Isolierung und Preisgabe der Arbeiterinteressen hinausliefen, hatte er in ein Buch gebracht, das er mit Hilfe von Zeitschriften, Zeitungskorrespondenzen, Broschüren, Reden usw. in die Köpfe der Industriellen hineinzubringen versuchte.“

Gewerkschaftliches.

Den Gewerkschaftstakt haben anerkannt: Der Konsumverein in Güstrow i. M., der Konsumverein in Scheibenberg und der Konsumverein „Selbsthilfe“ in Schmiedefeld. Das sind nun 188 Vereine mit 2521 beschäftigten Personen, die dem allgemeinen Gewerkschaftstakt unterliegen.

Die Eigenproduktion der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine. Ueber die Produktionsabteilungen der Großeinkaufsgesellschaft macht Dr. Aug. Müller in der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“ folgende Angaben: Die Seifenfabrik in Gröden ist so stark beschäftigt, daß der Bau einer zweiten, ebenso leistungsfähigen Seifenfabrik in einem anderen Teile Deutschlands nicht mehr länger aufgeschoben werden kann. Im Jahre 1913 wird mit dem Bau der zweiten Seifenfabrik in Düsseldorf begonnen werden. Im vorigen Jahre wurde das Lagerhaus in Nießen in Benutzung genommen, ferner in Gröden das neue Lagerhaus, in dem auch ein großes Manufakturwarenlager untergebracht ist. Eine Anzahl weiterer, für das Gelände in Gröden in Aussicht genommener Produktionsbetriebe ist in der Ausführung begriffen, und es wird nicht

mehr allgütige bemerken, bis das gesamte dort zur Verfügung stehende Areal bebaut ist. Auch die Vorarbeiten zum Bau eines neuen großen Lagerhauses in Hamburg sind im vorigen Jahre erheblich gefördert worden.

Die Bezirksversammlungen der englischen Sozialistengesellschaft der Kaufmänner haben nach mehrjähriger Agitation einem Minimallohn für weibliche Angestellte und Arbeiterinnen zugestimmt.

Industrielle Rundschau.

Patentschau. Dem Patentamt C. Krueger & Co. Dresden, Schillingstraße 2, ist die Erfindung eines Besen irgendwelcher Art in Schutzangelegenheiten bewilligt.

Ingenieurliches Patent: Nr. 22. W. 38 463. Vorrichtung zur Entnahme der Schwäne aus dem Schwanz mit einem in den Schwanz einführbaren, ein Förderband tragenden Wagen und mit einer vor dem Förderband befindlichen Antriebsvorrichtung.

Erteilte Patente: Nr. 22. 353 78. Verfahren mit außerhalb des Aufhanges beigemessenen Ventilen zum Pumpen von Gasen.

Gebrauchsmuster: Nr. 22. 334 47. Zeichnungsbuch mit Beigebunden zum Schreiben der oberen Buchstaben.

Ingenieurliches Patent: Nr. 30b. Nr. 37 531. Verfahren und Einrichtung zum Erhitzen von Flüssigkeiten.

Wirtschaftliches.

Das Stimmrecht. Dieser Titel führt der Journalist, mit dem die bekannteste Zeitschrift „Die Freie Arbeiter-Zeitung“ ihren 17. Jahrgang beginnt.

Die Zeitschrift „Die Freie Arbeiter-Zeitung“ hat ihre Verhältnisse mit 1. April 1913 neu geordnet.

Das neue Programm. Die Redaktion der Zeitschrift hat beschlossen, im Verlage der Buchhandlung Hermanns Buchhändler G. m. b. H. Berlin SW. 61, erschienen zu lassen die Sozialdemokratische Partei Deutschlands.

befragt, beschäftigen sich die beiden andern mit dem Kriege. Die eine führt den Titel: Krieg dem Kriege, und gibt einen Auszug aus dem Leben, die gelegentlich des Außerordentlichen Internationalen Sozialisten-Kongresses gehalten wurden.

Anzeigen.

Verpätet! folgenden werthen Kollegen nebst ihren lieben Bräutern: Richard Pagel und Ida Klierow, Richard Lange und Anna Haselmeister, August Daffow und Emma Grumm, Hans Sebehov und Hermine Dobbertke zur Verlobung die herzlichsten Glückwünsche!

Unserm Kollegen Otto Schoknecht und seiner lieben Frau die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung!

Lehrstelle in kleiner Bäckerei und Konditorei ges. auf dem Lande. Offerten erbeten nach Hamburg, Amalienstr. 22 part. 1.

Altona-Ottensen. Geschäft in besserer Lage, passend für Konditorei und Café, vermietet zu verkaufen.

Nürnberg Bäckerei- und Konditorgehilfen decken ihren Bedarf am besten bei Hans Derfuss, Schneidermeister, Heugasse 2, 1. St., gegenüber dem Verbandslokal.

Münchener Bäckerei- und Konditorgehilfen bedecken ihren Bedarf am besten bei Gg. Prem, Schneidermeister, Bolzstr. 18/0.

Künstliche Zähne, Plomben Zahnoperationen mit örtlicher Betäubung Emil Bado, Zahnkünstler, Berlin II, Schönhauser Allee 43

Nicht einen kostet Sie unser neuer Katalog L. Sie erhalten denselben auf Wunsch gratis und franko. Wir versenden nach allen Richtungen gebrauchte Herrenrocken, meist reinw. Garderobe, von 1a Maßschneidern stammend.

Berliner Bäcker! • Tanz-Unterricht! Schönhauser Allee 28. • Bäcker-Vorkehr. Sonntags 4 Uhr nachmittags, Mittwochs 8 Uhr abends.

SENKING WERK HILDESHEIM. empfiehlt sich zur Lieferung von DAMPFBACKÖFEN aller Art als Auszug-, Einschließ- und Kombinationsöfen sowie Spezialöfen für Kleinbäcker und Konditoren.

Mitglieder- bzw. öffentliche Versammlungen. (Wo nichts Besonderes vermerkt, bezieht sich die Zeitangabe auf die Nachmittags- oder Abendstunden.)

Sonntag, 13. Januar: Altona: 2 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus. - Bergeborj: 3 Uhr, „Deutsches Haus“, Sachsenstraße. - Brandenburg: 10 Uhr im Gewerkschaftshaus.

Dienstag, 14. Januar: Darmstadt: Im Gewerkschaftshaus, Bismarckstr. 19. - Eisenach: 4 Uhr, „Zur Loreley“, Alexanderstraße.

Mittwoch, 15. Januar: Hamburg-Altona (Seefahrende): 6 1/2 Uhr bei Pfeifer, St. Pauli, Silberstraße 16.

Donnerstag, 16. Januar: Götting (Fabrikbranche): 8 Uhr, „Zum goldenen Kreuz“, Langenstr. 37.

Freitag, 17. Januar: Braunschweig (Konditoren): 8 Uhr im „Hofmüller“, Juliusstraße.

Samstag, 18. Januar: Oberfeld: 8 Uhr im Volkshaus. - Herten: 8 Uhr bei Ludwig Jahn, Schillerplatz.

Sonntag, 19. Januar: Deßau: 3 Uhr im „Lübke“, Amalienstr. 1. - Erfurt (Generalversammlung): 3 Uhr, „Zum König von Preußen“, Juterstr. 9.

Für die Redaktionen verantwortlich: Felix Richter, Hamburg, Schillerstr. 57. - Verlag von D. Hermann, Hamburg. - Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Kurt & Co. in Hamburg.